

Verantwortliche Redakteure.

Für den politischen Theil: G. Fouane, für Feuilleton und Vermischtes: J. Steinbach, für den übrigen redakt. Theil: J. Hachfeld, sämmtlich in Wosen. Verantwortlich für den Inseratenthail: J. Flugkiss in Wosen.

Wosener Zeitung

Achtundneunzigster

Jahrgang.

Inserate werden angenommen in Wosen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, Gul. Ad. Schlegel, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitenstr. Ecke, Otto Meißel, in Firma J. Neumann, Wilhelmstraße 8, in den Städten der Provinz Wosen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Rudolf Mosse, Saalestädte & Vogler A.-G., G. L. Dausch & Co., Invalidenarkt.

Ar. 371

Die „Wosener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, am Sonntag, Montag und Dienstag, jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Wosen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Montag, 1. Juni.

Inserate, die sechsgehaltene Zeitschriften oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 6 Uhr Nachm. angenommen

1891

Amliches.

Berlin, 31. Mai. Der König hat den bisherigen Ober-Landeskulturgerichtsrath Mez zum Präsidenten der General-Kommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern, sowie den Stadtkreis Berlin, zu Frankfurt a. O. ernannt und dem Konfistorialrath, Professor D. Voigt zu Königsberg, Ostpr., die nach-gesuchte Entlassung aus seinem Nebenamt als Mitglied des Konfistoriums dableibend erteilt.

In der Liste der Rechtsanwälte ist gelöscht: der Rechtsanwalt von Wiernacki bei dem Landgericht in Lissa.

In der Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: der Rechtsanwalt Bahler aus Kührort bei dem Amtsgericht in Nietberg, der Rechtsanwalt von Wiernacki aus Lissa bei dem Amtsgericht in Labischin, der Gerichtsassessor Ruffell bei dem Landgericht in Essen und der Gerichts-Assessor Paul Düring bei dem Landgericht in Elbing.

Deutschland.

Berlin, 31. Mai.

Abg. Dr. Alexander Meyer sprach am Sonnabend Abend im Bezirksverein der Potsdamer Vorstadt über die Suspension der Getreidezölle. Wenn die Regierung — so führte der Vortragende nach dem Bericht der „Frei. Btg.“ etwa aus — mit der Suspension zaudere, so scheine sie über den herrschenden Mangel nicht unterrichtet zu sein. Das sei bedauerlich, denn in einigen Wochen werde man zweifellos zur Maßregel der Suspension greifen müssen, nur sei dann der Schaden, den die Nation zu tragen hat, um elfliche Millionen größer geworden. Redner trat dann dem Aberglauben entgegen, als sei die Börse mit ihrer Spekulation wie eine Art Hexenmeister im Stande, die Preise reguliren zu können. Der Getreidehandel habe darüber zu wachen, daß die Vorräthe an Getreide von einer Ernte ausreichen bis zur nächsten, und die Preise so zu reguliren, daß dieselben eine gleichmäßige Verteilung auf die einzelnen Tage ermöglichen. Es müßten doch Leute vorhanden sein, die dafür sorgten, daß das notwendige Quantum Getreide auch im Lande vorhanden wäre. Das sei keine Spekulation, sondern die natürliche Konsequenz der Ernährung der Gesellschaft. Ein anderer Vorwurf würde nach der Richtung erhoben, daß die freisinnige Partei an der ganzen Kalamität schuld sei, sie habe fortwährend von der Aufhebung der Zölle gesprochen, und dadurch die Getreidehändler veranlaßt, mit dem Einkauf von Getreide zu warten. So stolz die Partei darauf sein könnte, wenn sie derartig auf den Weltmarkt einzuwirken im Stande wäre, in diesem Falle muß sie mit Brangel sagen: „Sie überschätzen mir!“ Die freisinnige Partei habe nur das ausgesprochen, was die ganze Bevölkerung fühle und denke, und daran liege es, wenn die Frage jetzt so lebhaft erörtert werde. Die Getreidezölle hätten lange genug bestanden, um ein Urtheil darüber zuzulassen. That-sache sei es, daß sich weder die Prophezeiungen des Herrn von Kardoff, der da sagte, daß nach Einführung des Zolltarifs die deutsche Landwirtschaft im Stande sei würde, daß Reich mit genügenden Getreidevorräthen zu versorgen, erfüllt haben, noch die Hoffnung des Herrn von Kleist-Nezow, der nach Einführung des Zolltarifs die wirtschaftliche Besserstellung der ärmeren Bevölkerung voraus-sagte. Herr von Kleist-Nezow gehe einmal in die schlesischen Weberdistrikte. Eine Hebung könne keine einzige Industrie nachweisen, und es sei klar, daß die hohen Brotpreise nachtheilig auf jeden Zweig der Industrie wirken müssen. Die Unsicherheit in der Regierungspresse sei nur auf die Unsicherheit in den Entschlüsseungen der Regierung zurückzuführen. Man habe früher Fehler mit einer gewissen Entschiedenheit gemacht, die jegliche Regierung mache Fehler ohne Entschiedenheit, und das sei eine beklagenswerthe Neuerung. Der Fehler, die für die Volkser-nährung notwendigen Schritte nicht rechtzeitig gethan zu haben, werde die Regierung sicherlich schwer büßen müssen. (Lebhafte Beifall.)

Abgeordneter Dr. Barth ergänzte die Ausführungen des Vor-redners und präzisirte seinen Standpunkt dahin: Keine Suspension, sondern gänzliche Beseitigung der Getreidezölle. Wird aber eine Suspension beliebt, dann keine Suspension unter neun Mo-naten. Eine Suspension von kürzerer Dauer ist ge-eignet, die Dinge noch zu verschlimmern. Redner schloß mit einem Appell an die freisinnige Presse, die freisinnigen Abge-ordneten in ihrem Kampfe gegen die Zölle kräftig zu unterstützen. In der sehr lebhaften Diskussion demonstirte Dr. A. Meyer dann die Wirkung der Zölle an zwei Broten, die er mitgebracht hatte, ad oculos. Die Brote wogen fünf und dreieinhalb Pfund. Das Fünf-Pfund-Brot war vor Einführung der Zölle nicht theurer als jetzt das Dreieinhalbpfund-Brot nach deren Einführung. Schließlich wurde die folgende Resolution ein-stimmig angenommen: Der fortschrittliche Verein der Pots-damer Vorstadt erklärt die Unthätigkeit gegenüber der unaufhör-lichen Vertreibung der nothwendigsten Lebensmittel des Volkes für einen schweren, verhängnisvollen Fehler und verlangt die so-fortige gänzliche Aufhebung der Getreidezölle. Der Vorstand des Vereins wird beauftragt, in nächster Woche eine große Volksver-sammlung mit der Tagesordnung: „Verbilligung des Brotes, Auf-hebung der Zölle“ einzuberufen.

Ueber den deutsch-freisinnigen Parteitag für Südwestdeutschland, welcher am Sonnabend und Sonntag in Frankfurt a. M. abgehalten wurde, liegt vorerst folgender Bericht der „Frankf. Btg.“ vor, welche schreibt: Zur Begrüßung der von auswärts erschienenen Gäste hatten sich heute Abend die Parteigenossen mit ihren Damen im Zoologi-schen Garten eingefunden, dessen großer Versammlungsaal fast völlig gefüllt war. Von auswärtigen Theilnehmern waren ange-meldet aus Baden 112, Wessen 165, Nassau 116, Rheinpfalz 34, Kurhessen 24, Franken 12, aus verschiedenen Bezirken 17. Rechtsanwält Dr. Fritz Meyer hieß die Versammlung im Namen des Vorstandes und Festanschlußes herzlich willkommen und dankte für die Bereitwilligkeit, mit welcher der Einladung zum Parteitage Folge geleistet worden. Seit Frankfurt auf dem Neu-städter Parteitage zum Vorort ausgerufen worden, habe sich der

hiesige Verein bemüht, diese Stadt zum festen Mittelpunkt der frei-sinnigen Bestrebungen zu machen. Wie zeitgemäß dieser Gedanke gemein, werde dieser Parteitag beweisen, welcher im Dienste der freiheitlichen Sache erprobte Männer zusammenführe und eine Heerchau des südwestdeutschen Freisinn darstelle. Sein Hoch gelte den Parteigenossen und den Gästen fremder Parteien.

Herr H. Schmidt-Cabanis hat dem Parteitage einen Pro-log, „Die Mär von der deutschen Freisinn-Eiche“ gewidmet, welcher durch Herrn Dr. N. Brud vorgetragen wird. Reichs-tagsabgeordneter Frhr. v. Münch bringt ein Hoch auf den Frank-furter Verein der Fortschrittspartei, Dr. V. Brud auf die Damen aus.

Abg. Richter, der inzwischen unter stürmischem Beifall in den Saal eingetreten ist, dankt der Versammlung im Namen der parlamentarischen Kollegen für den freundlichen Willkommens-gruß: Die alle Erwartungen überrassende Theilnahme beweise, daß auch ohne den äußeren Anstoß eines Wahlkampfes unter den Parteigenossen dieses Landestheiles reges Leben herrsche. Er glaube im Namen aller Parteigenossen zu handeln, wenn er dem hiesigen Verein schon heute Dank und Anerkennung für dessen Initiative zu diesem Parteitage ausspreche. In das Hoch des Redners auf die Frankfurter Parteigenossen stimmt die Versamm-lung unter Beifall ein.

Damit war die Reihe der offiziellen Aussprachen erschöpft; zwischen denselben wechselten Konzertvorträge und gemeinschaftliche Lieder ab.

Weiter wird noch dem „Berl. Tgl.“ gemeldet: Der Parteitag der Freisinnigen Süd- und Westdeutschlands, zu welchem 800 Theilnehmer angemeldet wurde bei herrlichem Wetter eröffnet. Bei der Begrüßung, die Sonnabend Abend stattfand, sprachen Fritz Meyer und Dr. Brud von hier, sowie die Abgg. Frhr. v. Münch und Eugen Richter.

Bei der Haupt-Versammlung, die heute Morgen abgehalten wurde, waren folgende deutsch-freisinnige Abgeordnete an-wesend: Bamberger, Richter, Schmidt-Eberfeld, Hinz, Junk, Plüger, Uhlendorf, Gutfleisch, Schend; die Volkspartei war vertreten durch Dillinger und Nusser (Baden). Die Vertrauens-männer-Versammlung endete nach 10 Uhr.

Die Hauptversammlung wurde um 11 Uhr eröffnet. Der Ab-geordnete Junk hielt die Eröffnungsrede. Er führte aus, daß der liberale Gedanke überall im Vorschreiten sei und daß kleine Mei-nungsverschiedenheiten unter den Freisinnigen ohne tiefere Bedeu-tung wären. Er kündigte an, daß Bamberger und Richter sprechen würden. (Bravo!)

Ludwig Bamberger (stürmisch begrüßt) sagt u. A.: Am 30. März 1848 habe er zum letzten Mal in Frankfurt am Main politisch gesprochen. Ein Hauch von jener Zeit wehe über dieser Versammlung. Der Mann, welcher auf Deutschlands einheitlicher Entwicklung lag, sei durch Bismarcks Entlassung gebrochen. Diese Entlassung war ein Glück für Deutschland, aber nicht durch das Parlament herbeigeführt. Deutschland ermangelt bis jetzt eines parlamentarischen Lebens, das noch keimen muß. Ein Zusam-mengehen mit dem linken Flügel der Nationalliberalen auf wahrhaft liberaler Basis sei möglich und wün-schenswert. Das Zentrum werde allmählich austreiben. Die Gefahren der Sozialdemokratie und der Revolution werden über-schätzt. Die Sozialdemokratie werde eine parlamentarische Partei werden und damit die soziale Frage auf friedlichem Wege lösen helfen. Der Sinn für Kultur und Wissen sei unter der Sozialdemokratie mächtig gestiegen. Es lasse sich recht gut mit ihr leben. Der Reichstag werde nach und nach ein germanisches Bild rechtlich zusammen arbeitender Parteien liefern. Nur die Gleichberechtigung aller Bürger ohne Klassengegensatz könne zur Befreiung führen. (Schluß halb ein Uhr.) (Stür-mischer Beifall.)

Auf dem Parteitag der nationalliberalen Partei, der heute hier abgehalten wurde, wurde folgende von Stockmeyer-Mürnberg vorgeschlagene Resolution angenommen:

Der Delegirtenrat erklärt angesichts der vielfach aus-einandergehenden Meinungen 1) daß es Aufgabe der Partei ist, in Fragen der Reichs- und Landespolitik unter Wahrung der altbewährten Treue gegen Kaiser und Reich ihre durchaus selb-ständige, von der Rücksicht auf das Wohl des Ganzen geleitete, nach jeder Seite unabhängige Haltung zu bewahren, insbesondere die alten liberalen Grundsätze zu pflegen.

2) Daß er auf sozialpolitischem Gebiete einen Ruhe-punkt für gekommen erachtet, der es gestattet, der praktischen Aus-führung der im letzten Jahrzehnt geschaffenen Gesetzgebung die volle Sorge zuzuwenden unter gleichzeitiger sorgfamer Beobachtung der laufenden und der etwa noch auftauchenden sozialen Be-dürfnisse.

3) Daß die Partei nach wie vor an dem Grundsatz festhält, daß wirtschaftliche Fragen nicht zur Grundlage poli-tischer Parteien dienen sollen, und deshalb in den Fragen der Handels- und Zollpolitik und des deutsch-österreichischen Handels-vertrages jedem Einzelnen nach seinem pflichtmäßigen Ermessen die Ent-scheidung überlassen bleiben muß.

Aus diesem letzten Punkt geht hervor, daß der national-liberale Parteitag sich gegen die Politik des Fürsten Bismarck erklärt.

Die konservative „Leipziger Zeitung“ schreibt über den Getreidezoll:

„Jetzt tragen wir den Zoll, und zwar nach seinem vollen Betrage. Daß dem so ist, steht für Jeden, der des Lebens kundig ist, so zweifellos fest, daß konservative Blätter etwas Besseres thun sollten, als solchergehalt die liberalen Waschkessel in Seichtigkeit des Raisonnements und Unwissenheit über tatsächliche Vorgänge womöglich noch zu überbieten. Thatsache bleibt unter allen Umständen Thatsache und Wahrheit Wahrheit. Sich der letzteren absichtlich oder aus Oberflächlichkeit zu verschließen, könnte der konservativen Partei und ihrer Presse leicht so verhängnisvoll werden, wie es vormalig dem liberalen Doktrinarismus seine Jar-benblindheit gegenüber tatsächlichen Verhältnissen gewesen ist“

Wir ertragen gern die Vorwürfe der „Seichtigkeit“ und „Unwissenheit“ gegenüber dem offenen Geständniß, daß der deutsche Konsument in der That den vollen Zollbetrag trägt. Wir hätten nur gewünscht, daß das konservative Blatt auch über den Unsinn von dem Antheil der Spekulation an den jetzigen hohen Getreidepreisen seine Gefinnungsgenossen belehrt hätte.

Ueber die nationalliberale Partei brechen die „Augsburger Neuesten Nachr.“, das Organ des früheren Reichstagsabgeordneten Fischer, den Stab. Dieselben schreiben: „Man versteht hier (in Süddeutschland) nicht eine Haltung, welche eine früher unterstützte Politik preisgibt, nur weil sie diejenige des in Ungnade gefallenen Fürsten Bismarck ist, welche eine entgegengesetzte Politik unentwegt mitmacht, nur weil sie diejenige der jeweiligen Regierung ist. Nicht Vernunft und Sachlichkeit, nur der ödste, gefinnungs-loseste Opportunismus kann so denken und so operiren. Eine Partei aber, welche erst auf diesem Standpunkt ange-langt ist, hat keine politische Existenzberechtigung mehr, sie kann einpacken. Dies Schicksal wird dem einst so stolzen und hehren Nationalliberalismus schließlich wohl blühen, wenn die in ihm noch immer lebendig wirkenden anders und kerniger gearteten Elemente gegenüber jenen Berliner Mollusken nicht Oberwasser bekommen.“

Stöcker hielt am Freitag Abend in der christlich-sozialen Partei in Berlin einen Vortrag über den Stand der sozial-monarchischen Vereinigung. So gewunden die Ausführungen des Redners über diese seine Gründung auch lauteten, so ging daraus doch hervor, daß er damit Fiasko gemacht hat. Von einer neuen Parteigründung will er deshalb auch absehen, aber er hofft, daß die Deutschsozialen die Christlichsozialen, die Evangelischsozialen, die christlichen Arbeitervereine und die konservativen Bürgervereine gemeinsam wirken. Die konservative Partei biete Raum für alle diese Abarnten. Zum Schluß klagte Stöcker, daß der Deutsche zur Bekämpfung des Judenthums noch nicht voll erwacht sei. Er meinte, daß wir noch vor schweren Zeiten stehen.

Emin Pascha kehrt nach dem ministeriellen Londoner „Standard“ auf Wunsch des Gouverneurs von Soden nach der Küste als deutscher Reichskommissar zurück. Er treffe dort im August ein und belege sich alsdann mit der Schutztruppe nach dem Nyassa-See, um seinen zwischen diesem und dem Viktoria-See ge-legenen Verwaltungsbezirk zu organisiren. Darnach würde Emin, was bisher noch unbestimmt war, die Stellung als Reichskommissar zur Verfügung des Gouverneurs angenommen haben.

Galle (Saale), 30. Mai. Professor Kraus, welcher Katho-lik ist, erhielt dem „Berl. T.“ zufolge als Rektor gestern die königliche Bestätigung. Die theologische Fakultät hat sich bei der Wahl wie im Vorjahr der Abstimmung enthalten.

Witterungsbericht

für die Woche vom 1. bis 8. Juni.

(Nachdruck verboten.)

(D.-R.) Nachdem die Neumonde vom 10. März und 8. April durch die sie begleitenden kräftigen Hochfluthen Deutschland vom Winter befreit hatten, brachte die Hochfluthperiode des Neumondes vom 8. Mai den vollen Frühling ins Land. Dieser im allge-meinen ziemlich trockenen Frühjahrszeit gegenüber wird die vom 3. bis 10. Juni reichende nächste Neumondsperiode sich durch starke Regengüsse auszeichnen. Bereits während der Witterungsperiode des von einer totalen Mondfinsternis begleitet gewesen jüngsten Vollmondes durchsetzte an den Tagen vom 20. bis 22. Mai ein von Frankreich ausgegangener, nach Nordost gerichteter Wetterum-schlag ganz Deutschland bis zur Ostsee, dessen Nachschub am 24. Mai gleichfalls durch zahlreiche Gewitter in Mittel- und Nord-deutschland sich kundgab. Ebenso führte der neueste Temperatur-Nachschlag während der letzten Mondviertelsperiode bis jetzt nicht, wie zu Pfingsten das erste Mondviertel wieder Nachfröste herbei, sondern gab vielmehr zu den von Falb im Voraus bezeichneten Terminen, am 28. und 30. Mai, an vielen Orten zur Gewitter-bildung Anlaß. — Es gilt nur, im Vergleich mit den Witterungs-erscheinungen bei der vorjährigen, entsprechenden Sonnenfinsternis durch zutreffende Würdigung des jetzigen Auftretens der vier Fluthfaktoren: Erdnähe des Mondes am 31. Mai, Aequatorstand desselben am 1. Juni, Nonentermin am 3. und Sonnenfinsternis am 6., diejenigen Tage zu bestimmen, an welchen diesmal die stärksten Niederschläge als sogenannte „Johannisfluth“ eintreten werden; voraussichtlich sind es der 3., 5. bis 7. und der 11. Juni, nach Verlauf welcher Tage zahlreiche Nie-derungen deutscher Flußgebiete vom „Johannis-Hoch-wasser“ überschwemmt werden dürften.

Locales.

Wosen, den 1. Juni.

— b. Waigang. Sonnabend Nachmittag um 2 Uhr wurde von der Sonntagsschule der Paulikirche ein Ausflug nach Urbanowo unternommen.

* Feuer. Eine Alarmirung der Feuerwehr gestern Nach-mittag 3 Uhr nach der Fischerei Nr. 29 wurde dadurch herbei-geführt, daß in einem Backstüber Feuer angemacht worden, der Rauch aber im Schornstein keinen Abzug und dieser durch die offenen Kellerfenster drang, so daß dortige Personen glaubten, es sei eine Feuergefahr.

— b. Thierquälerei. Auf der Großen Gerberstraße wurde am Sonnabend zwangsweise von einem Wagen ein Pferd ausge-spannt, das im Kehlwege offene Geschwüre hatte und am ganzen Körper mit offenen Wunden bedeckt war.

— b. Stromschiffahrt. Sonnabend Vormittag traf der

